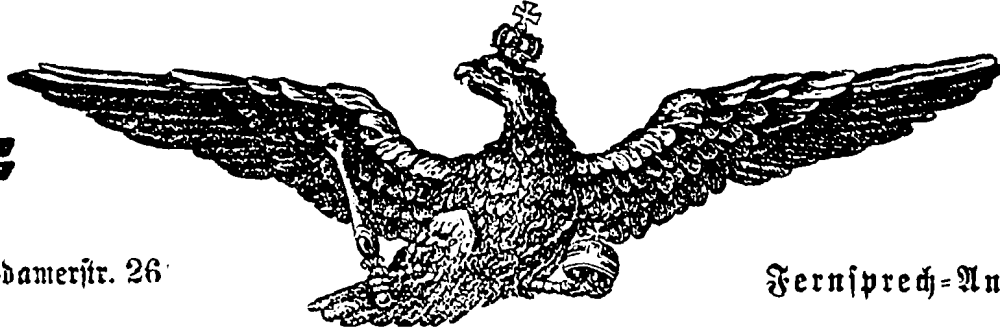


Ersteinst
Dienstag, Donnerstag und Sonnabend.
Abonnementspreis pro Quartal:
durch die Post bezogen 1 M. 25 Pf. excl. Bestellgebühr,
frei in's Haus 1 M. 50 Pf.
Abonnements werden von sämtlichen Post-Anstalten,
Briefträgern u. den Agenten im Kreise angenommen.

Teltower

Inserate
werden in der Expedition:
Berlin W., Potsdamer Straße 26,
sowie in sämtlichen Annoncen-Bureaus und den
Agenturen im Kreise angenommen.
Preis
der einfachen Petitzeile oder deren Raum 20 Pf.

Kreis-



Blatt.

Expedition: Berlin W., Potsdamerstr. 26

Fernsprech-Anschluß: Amt VIII. Nr. 671.

Nr. 37

Berlin Sonnabend, den 26. März 1892

36. Jahrg

Abonnements-Einladung.

Wir bitten unsere verehrten Leser beim bevorstehenden Quartalswechsel die Erneuerung des Abonnements auf das zweite Quartal 1892 (Preis 1 M. 25 Pf. excl. Bringerlohn) recht bald bei den Kaiserlichen Postanstalten, den Land Briefträgern oder unseren Expeditoren bewirken zu wollen, damit in der regelmäßigen Zustellung des Blattes keine Unterbrechung stattfindet.

Die Expedition

Amthliches.

Berlin, den 24. März 1892.

Der Teltower Kreis-Communal-Kasse, Berlin W., Victoriastraße 18, sind bis zum 6. April 1892 einzureichen

1. Der Auszug aus dem Versicherungs- und Kassenbuch für den Monat März,
2. mittels doppelter Lieferzettel, die in den Monaten Januar, Februar und März 1892 eingekommenen

Gebühren für Versicherungs-Bücher, die Versicherungs-Beiträge und die Untersuchungsgebühren,
3. die Nachweisung der im Laufe des ganzen Rechnungs-Jahres — 1. April 1891 bis Ende März 1892 — verauslagten Postkosten.

Die Herren Steuer-Erheber und Versicherungs-Commissare ersuchen wir den festgesetzten Termin pünktlich inne zu halten und die Ausfüllung des Monats-Auszuges und der Lieferzettel nach Maßgabe derjenigen Musterbogen zu bewirken, welche der Instruction vom 15. Februar 1889 als Anlagen IV und V beigelegt sind.

Wir bemerken ausdrücklich, daß die verauslagten Postkosten bei Einlegung der Versicherungsbeiträge pp. nicht in Abzug zu bringen sind, dieselben werden vielmehr nach Schluß des Geschäftsjahres den Steuer-Erhebem und Versicherungs-Commissaren nebst den denselben noch zustehenden Gebühren durch die Teltower Kreis-Communal-Kasse zugesandt werden.

Namens
des Kreis-Ausschusses des Kreises Teltow.
Der Landrath. Stubenrauch.

Der königliche Potsdam, den 7. März 1892.
Regierungs-Präsident.
I. 483. 3.

Zum Vorsitzenden des in Berlin für die Regierungen des Kommunal-Verbandes des Kreises Teltow errichteten Schiedsgerichtes ist der Ober-Regierungsrath v. Schumann zu Berlin und als dessen Stellvertreter der Regierungsrath Dr. Dippe dafelbst ernannt.

Der Regierungs-Präsident. J. B. Lucanus.

Berlin den 16. März 1892.

Veröffentlicht.
Der Landrath. Stubenrauch.

Berlin, 21. März 1892.

Der Eigentümer Gustav Daber zu Nixdorf beabsichtigt auf seinem in Nixdorf, Trepowerstr. 8, belegenen, im Grundbuche von Nixdorf, Band 15, Blatt 526, verzeichneten Grundstück nach Maßgabe der eingereichten Zeichnungen und Beschreibungen eine Schlächtereier zu errichten.

Dieses Vorhaben bringe ich hierdurch mit der Aufforderung zur öffentlichen Kenntnis, etwaige Einwendungen gegen dasselbe binnen 14 Tagen bei mir schriftlich in 2 Exemplaren oder zu Protokoll anzubringen. Nach Ablauf dieser Frist können Einwendungen in dem Verfahren nicht mehr angebracht werden.

Die Zeichnungen und Beschreibungen liegen während der Dienststunden in meinem Bureau hier selbst, Victoria-Str. 18, zur Einsicht aus.

Zur mündlichen Erörterung der gegen das obendesignierte Vorhaben etwa rechtzeitig erhobenen Einwendungen wird hierdurch Termin auf
Mittwoch, den 13. April 1892
Vormittags 11 Uhr

in meinem Bureau, Victoria-Str. 18 hier selbst, mit der Eröffnung anberaumt, daß im Falle des Ausbleibens des Unternehmers oder der Widersprechenden gleichwohl mit der Erörterung der Einwendungen wird vorgegangen werden.

Der Landrath. Stubenrauch.

Berlin, den 22. März 1892.

Unter dem Rindviehbestande des Amtsraths Suetlage zu Waltersdorf ist die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen.
Der Landrath. Stubenrauch.

Berlin, den 22. März 1892.
Die Maul und Klauenseuche unter dem Rindviehbestande des Bauerngutsbesizers Gustav Kiese zu Brig Dorfstraße 11, ist erloschen.
Der Landrath. Stubenrauch.

Berlin, den 22. März 1892.
Die Maul und Klauenseuche unter dem Rindviehbestande des Bauers Rühle zu Waltersdorf ist erloschen.
Der Landrath. Stubenrauch.

Nichtamtliches.

Graf Caprivi — Reichskanzler,
Graf Botho Eulenburg — Ministerpräsident, Dr. Bosse — Kultusminister.

In Uebereinstimmung mit unseren in letzter Nummer gemachten Mittheilungen, wonach eine Trennung des Reichskanzleramtes von dem des preussischen Ministerpräsidenten stattfinden würde, bringt jetzt der Staatsanzeiger folgende amtliche Anzeige

Seine Majestät der König haben Allergnädigst geruht:

den Reichskanzler, General der Infanterie Grafen von Caprivi auf seinen Antrag von dem Amt als Präsident des Staatsministeriums, unter Belassung dessen in der Stellung als Mitglied des Staatsministeriums und Minister der auswärtigen Angelegenheiten, zu entbinden,
dem Staats-Minister und Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten Grafen v. Redlig-Prüschler die nachgesuchte Entlassung aus seinem Amt, unter Belassung des Titels und Ranges eines Staats-Ministers, in Gnaden zu bewilligen,

den Ober-Präsidenten der Provinz, Hesse-Nassau, Staats-Minister Grafen zu Eulenburg zum Präsidenten des Staats-Ministeriums, und

den Staatssekretär des Reichs-Justizamts, Wirklichen Geheimen Rath Dr. Bosse zum Staats-Minister und Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten zu ernennen.

Die neuen Minister.

Ministerpräsident Graf Eulenburg war zuletzt Oberpräsident von Hesse-Nassau. Er ist am 31. Juli 1831 als Sohn des verstorbenen Präsidenten der Staatsschuldverwaltung Botho Heinrich zu Eulenburg geboren, studierte 1849 bis 1852 in Königsberg und Bonn die Rechte, wurde 1859 Landrath, 1864 Hilfsarbeiter im Ministerium des Innern, 1869 Regierungspräsident zu Wiesbaden, 1872 Bezirkspräsident zu Reg und 1873 Oberpräsident zu Hannover. Als sein Vetter, Graf Friedrich Eulenburg, seine Entlassung als Minister des Innern genommen hatte, wurde Graf Botho am 31. März 1878 sein Nachfolger. In dieser Stellung wurde er der Schöpfer des Sozialistengesetzes, das er sowohl als Bevollmächtigter zum Bundesrath eifrig vertrat, wie als Polizeiminister Preussens scharf handhabte. In der Fortführung der Verwaltungsreform stieß er mit dem Fürsten Bismarck zusammen. Am 19. Februar 1881 stand im Herrenhause die Beratung des Zuständigkeitsgesetzes auf der Tagesordnung. Nach der Regierungsvorlage sollte die Aufsicht über die kommunale Verwaltung der Landgemeinden dem Landrath, nach dem Beschlusse des Abgeordneten-Hauses, dem das Staatsministerium zugestimmt hatte, dem Kreis-Ausschusse und in höherer Instanz dem Bezirks-Ausschusse zustehen. Graf Eulenburg bestritt diesen Vorschlag und erwiderte sogar einem Gegner Herrn v. Kleist-Nezom, erregt: „Wenn Sie so große Besorgnis haben, Organen der Selbstverwaltung überhaupt Theile der Staatsfunktionen zu übertragen, dann sollten Sie die Selbstverwaltung nicht einführen, sondern aufheben als ein übermüdetes Prinzip.“ Da erhob sich neben dem Grafen Eulenburg der Geh. Rath Rommel und verlas eine Erklärung des Fürsten Bismarck, welche sich in den schärfsten Worten gegen die Ansicht des Ministers des Innern richtete und die Annahme des von ihm bestrittenen Paragraphen als Hindernis der Fortführung der Reform bezeichnete. Graf Eulenburg erbeichtete, verließ den Ministertisch und fuhr unmittelbar zum Kaiser, um seinen Abschied zu verlangen. Dem Kaiser war der Vorfall überaus peinlich, der Kronprinz suchte zu vermitteln; Fürst Bismarck selbst erschien an einem der nächsten Tage im Herrenhause, um den Eindruck seiner „Botenschaft“ abzuschwächen. Aber Graf Eulenburg ließ sich in seinem Entschlusse nicht erschüttern. Er erhielt am 27. Februar 1881 seine Entlassung und verabschiedete sich von den Bekannten seines Ministeriums mit der Erklärung, er wäre gern Minister geblieben, könne es aber nicht mit Rücksicht auf die „Würde des Amtes“. Bereits am 12. August 1881 wurde jedoch Graf Eulenburg zum Oberpräsidenten von

Hesse-Nassau ernannt, welches Amt er auf den ausdrücklichen Wunsch des Kaisers annahm. Graf Eulenburg ist ein Mann von vornehmen und gewinnenden Umgangsformen, eine zur Vermittelung geeignete Natur und ein gewandter Redner.

Der neue Kultusminister Dr. Bosse, geboren 1832 in Quedlinburg, studierte in Heidelberg und Halle, trat als Assessor beim dortigen Kreisgericht aus dem Staatsdienste. Später in den Staatsdienst zurückgekehrt, wurde er nach und nach Amtshauptmann, Konsistorialrath und dann Regierungsrath in Hannover, 1876 nach Berlin als vortragender Rath in's Kultusministerium berufen, wurde er 1882 Direktor der Abteilung für wirtschaftliche Angelegenheiten, 1889 Unterstaatssekretär im Reichsamt des Innern und 1890 Staatssekretär des Staatsraths. Ende 1890 wurde er zum Wirklichen Geheimen Rath mit dem Titel Excellenz ernannt. In seine bisherige Stellung als Staatssekretär des Reichsjustizamts wurde Dr. Bosse Ende Januar 1891 berufen und zwar als Nachfolger des Herrn v. Dethlöffler.

Rundschau.

Deutsches Reich.

Ueber das Unwohlsein des Kaisers, welches zu verschiedenen Gerüchten und unwahren Nachrichten Anlaß giebt, bringt die „Nöln. Ztg.“ folgende authentische Mittheilungen: Der Kaiser war am 10. März genöthigt, in Folge einer starken Erkältung zu Bette zu bleiben und dem entsprechend auch bei der von ihm wie alljährlich angeordneten Feier des Geburtstages des Kaisers von Rußland und zwei Tage darauf des Prinz-Regenten von Bayern sich vertreten zu lassen. Die Erkältung wurde zu einem ordentlichen Schnupfenfieber und dieses erwies sich so hartnäckig, daß die Aerzte mit Rücksicht darauf, daß die Wohnung des Kaisers im Berliner Schlosse inmitten einer nicht gerade durch ihre Luftreinheit sich auszeichnenden Millionenstadt liegt und nicht den geringsten Garten hat eine Luftveränderung wünschten, um rasch die völlige Wiederherstellung zu erzielen.

Der Bundesrath des Deutschen Reiches hielt am Donnerstag eine Sitzung ab, in welcher von dem vorkommenden Ministerwechsel in Preußen Bericht erstattet wurde. Im Uebrigen beschäftigte sich die Versammlung mit dem Statut für die geplante Kommission für Arbeiterstatistik sowie mit den Ausführungsbestimmungen betreffend die Sonntagssruhe.

Die Danz. Ztg. schreibt: „Vom Bord der kaiserlichen Yacht „Hohenzollern“ wird uns mitgetheilt, daß dieselbe zum Sommer eine Fahrt nach Spanien antreten soll. Am 5. April stellt das Schiff unter dem Befehl des Kapitäns zur See v. Arnim zunächst zu Probefahrten Dienst. Die Nachricht bedarf jedenfalls noch der Bestätigung.“

Der Mehrertrag aus der neuen Selbsteinschätzung in Preußen wird von der „N. N. Z.“ noch höher, als bisher bekannt war, beziffert. Die Summe soll 46 Millionen betragen.

Spanien.

Zu einem großen und blutigen Arbeiterkrawall kam es in Valladolid in Spanien, wo den Arbeitern wegen schlechten Geschäftsganges die Arbeitszeit und der Lohn gekürzt werden sollte. Die Leute rotteten sich zusammen und wollten behördliche Gebäude stürmen, so daß Gendarmen und Militär einschreiten mußten. Fünf Arbeiter sind getödtet, 40 verwundet. Auch die Beamten hatten zahlreiche Verwundete.

Aus den Parlamenten.

Deutscher Reichstag.

Berlin 23. März.

Der Reichstag berieth zunächst den Gesetzesentwurf betr. den Verkehr mit Wein, weinhaltenen und weinähnlichen Getränken. Es folgte die erste Beratung des Nachtragsetats, wodurch zwei weitere Millionen Mark als Beitrag zu den Kosten der Betheiligung des Reiches an der Weltausstellung in Chicago gefordert worden. Die Vorlage wird nach eingehender Befürwortung durch den Staatssekretär v. Bötticher der Budgetkommission überwiesen. Darauf wurden Petitionen erledigt, welche eine besondere Bedeutung nicht haben.

Berlin 24. März.

Die Beratung des Weingesezes wird fortgesetzt. Da das Haus beschlußunfähig ist, wird eine Nachmittags-Sitzung anberaumt, in welcher das Gesetz nach der Regierungsvorlage angenommen wird.

Preussischer Landtag.

Berlin, 23. März.

[Herrenhaus.] In seiner heutigen Sitzung erledigte das Herrenhaus mehrere kleine Vorlagen, darunter das Tertiärbahngesetz.

Berlin 24. März.

[Herrenhaus.] Unter mehreren anderen Vorlagen wurde das Polizeikostengesetz genehmigt.

Berlin, 23. März.

[Abgeordnetenhaus.] Das Haus beschäftigte sich mit Petitionen ohne größere Bedeutung, die gemäß den Kommissionsvorlägen erledigt wurden.

Berlin, 24. März.

[Abgeordnetenhaus.] Das Haus genehmigte in dritter Lesung das Ruhegehalt emeritirter Geistlichen und deren Reliquienverorgung, sowie andere kleine Vorlagen und Rechnungsberichte. Dann folgte die erste Beratung der Novelle zum Vergesetz, welches einer Kommission überwiesen wird.

Die Sozialdemokratie und die Wahlen zur Gemeindevertretung nach der neuen Landgemeindevorordnung.

Die in Folge des Inkrafttretens der neuen Landgemeindevorordnung für die sieben östlichen Provinzen Preussens zur Gemeindevertretung vorzunehmenden Wahlen haben die Sozialdemokratie hauptsächlich in den großen in der Nähe der Industriestädte liegenden Dörfern in Bewegung gesetzt; obgleich die sozialdemokratischen Ansichten nicht besonders groß sind, so haben sie doch fast überall beschloffen, in die Wahlbewegung für die Gemeindevorwahl einzutreten. Die Landgemeindevorordnung hat bekanntlich durch die §§ 48 und 52 (der letztere Paragraph bestimmt, daß mindestens zwei Drittel der Mitglieder der Gemeindevertretung Angehörige sein müssen) dafür gesorgt, daß die sozialdemokratischen Bäume nicht in den Himmel wachsen können, aber die Sozialdemokraten glauben trotzdem Erfolge erlangen zu können und haben auch ein besonderes Programm für diese Wahlbewegung aufgestellt, das selbstverständlich für einzelne Dörfer noch eine Ergänzung erfahren hat. Charakteristisch ist in dieser Beziehung das Programm der sozialdemokratischen Kandidaten für Weitzensee. Die Herren verlangen: Aufhebung des Schulgeldes an der Gemeindevorwahl, unentgeltliche Lieferung der Unterrichtsmittel, Errichtung einer Volkshochschule, unentgeltliche Geburtshilfe, unentgeltliche ärztliche Behandlung, Uebernahme des Beerdigungswesens durch die Gemeinde, allen Angehörigen ist ein für alle gleiches, anständiges Begräbniß zu gewähren, alle für die Gemeinde notwendigen gewerblichen Arbeiten sind, wenn irgend möglich, ohne Zwischennehmer auszuführen, die Wahlen zur Gemeindevertretung haben stets an einem Sonntage stattzufinden. Mit diese 7 Programme, das typisch sein dürfte, glaubt die Sozialdemokratie auch die zahllosen gleichgültigen Kreise, die sonst von der Sozialdemokratie nicht wissen wollen, zu gewinnen. Wie bemerkt, ist die sozialdemokratische Agitation keineswegs auf die großen nahe Berlin belegenen Industriedörfer (Nixdorf, Weitzensee, Friedrichsberg u. s. w.) beschränkt, sondern sie wird fast in allen in der Nähe der großen Städte gelegenen Gemeinden entfaltet werden, in denen die Sozialdemokratie über ein Häuflein Anhänger verfügt, die den Kampf aufnehmen zu können glauben, weil eben die antisozialdemokratischen Kreise aus ihrer Gleichgültigkeit immer noch nicht herausgetreten. (Magd. Ztg.)

Nachrichten aus dem Kreise und der Provinz.

* Teltow, 25. März.

Fünfundzwanzig Kreis Taxatoren sollen jetzt im Kreise Teltow ange stellt werden. Mit Rücksicht darauf, daß Behörden, Gesellschaften und Privatpersonen häufig das berechnete Verlangen haben, den Werth von Gebäuden und Grundstücken durch amtlich bestellte und vereidigte Sachverständige festgestellt zu sehen, ferner daß die Gemeinde-Beörden in Fällen des sachverständigen Beiraths nicht entbehren können bei Versicherungs-Anträgen über hohe Werthobjekte, wie sie namentlich in Berliner Vororten vorkommen, oder wenn diese Behörden in Folge von Requisitionen des Vormundschafts-Gerichts und des Erbschafts-Steuer-Amtes oder anderer Behörden Anstalt über den Werth von Gebäuden geben sollen, mit Rücksicht hierauf hat sich der Kreis-Ausschuß genöthigt gesehen, bei dem Kreisstage zu beantragen: „Für den Kreis Teltow aus der Zahl der im Kreise wohnenden Bauhandwerker und Landwirthe 25 Kreis-Taxatoren anzustellen.“